bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 04 | 18. Februar 2005

Rechte Szene 2

Inszeniertes Spektakel
Neonazis haben die Macht der Symbole erkannt. Nicht interne Einigkeit, sondern braune Eintracht ist angesagt.

Der V-Mann als Zeuge
Didier M. berichtet im Münchner Neonazi-Prozess von Umsturzideen der „Kameradschaft Süd“. Über Anschlagspläne auf das Jüdische Zentrum sei in seiner Anwesenheit jedoch nicht gesprochen worden.

Explosive Verbindung
Multifunktionär als Bindeglied zwischen Neonazis und rechtsextremen Parteien

Schlammschlacht
Die Deutsche Partei ist dabei, sich in ihre Bestandteile zu zerlegen – mit allem, was bei Politsekten dazuzugehören scheint.

Wechselvolle Beziehung
Eine Studie nimmt die DVU und deren Verhältnis zur NPD unter die Lupe.

Plattform für "Volkstreue"
Neonazistisches Aktionsbüro in Österreich will Partei werden.

Geschichtsfälscher
David Irving rechnete Opferzahlen hoch.

Demokratische Initiativen 8

Ein gemeinsames Dach
Berliner Erinnerungsorte an den NS-Terror werden in einer Stiftung zusammengeführt.

Individuelle Lebenswege
Eine Ausstellung über den Alltag der jüdischen Bewohner des Bayerischen Viertels in Berlin.

Rezensionen 10

"Die Pflicht eines Jeden"
Judenverfolgung in Italien – eine Anthologie von beklemmender Aktualität.

Der Bombenkrieg
Über die Hintergründe der Angriffsoperationen und der Flächenbombardements.

Meldungen 12

Rechte Szene

Inszeniertes Spektakel

Neonazis haben die Macht der Symbole erkannt. Nicht interne Einigkeit, sondern braune Eintracht ist angesagt.

Die Dresden-Inszenierung der sächsischen NPD am 13. Februar ist filmreif: Zu gewaltigen Smetana-Klängen reiht sich die braune Führungsriege in dunklen Anzügen, mit Hut und weißer Rose am Revers nebeneinander an. Inhaltsschwer schauend nehmen Udo Voigt und Holger Apfel den DVU-Chef Gerhard Frey in ihre Mitte. Franz Schönhuber am Rand. Davor stehen junge Männer mit artigem Kurzhaarschnitt, im schwarzen Anzug, sie tragen Holzkreuze. Doch so sehr sich Schirmherr Apfel auch abmüht, einen staatsmännischen Ausdruck aufzusetzen und dem neonazistischen „Trauermarsch" einen wichtigen Ausdruck zu verleihen, so durchschaubar ist doch, auf welch dünnem Eis das Bühnengewicht mit den braunen Herren lastet.

Nirgends sind die Gräben zwischen NPD-Führung, DVU- und Republikaner-Gästen so erkennbar wie an diesem Nachmittag des 13. Februar 2005 vor dem Dresdener Landtag. Der Plan, die NPD stellt die Führung und die Freien Nationalisten das Fußvolk, erregt den Zorn der Niederen. Thomas Wulff und Christian Worch wirken „not amused", dürfen sie sich doch mit so wichtigen Aufgaben begnügen, wie den Einlass zu kontrollieren und den Lautsprecherwagen fitzumachen. Keiner von ihnen bekommt Redezeit, auch nicht NPD-Mitglied und Hobby-Historiker Thorsten Heise. Wulff steht während des Spektakels auf der Bühne breitbeinig dahinter und palavert mit Jürgen Gansel, Sascha Roßmüller und Andreas Molau. Frank Rennicke aber darf oben plärren: „Deutschland, Deutschland über alles und das Reich wird neu entsteh'n". JLO-Organisator Alexander Kleber erinnert daran, dass er es war, der den Erinnerungsmarsch zur Bombadierung Dresdens zum Leben erweckte: „In den 90er Jahren habe ich mit 20 Leuten angefangen". Bitter beklagt er sich, dass in der Bundesrepublik eine „selektive Opferkultur" herrsche und der „Sühnekult" immer nur der nichtdeutschen Opfer gedenke. Wichtig huschen schwere Männer in Trenchcoats um die Bühne herum, unter ihnen der brandenburgische DVU-Anführer Sigmar-Peter Schuldt. Er hat den DVU-Chef Frey aus München aus der schwarzen Mercedes-Luxuslimousine zu Voigt begleitet.

Die Straßen füllen sich mit Neonazi-Teilnehmern, doch Bühne und Straße trennen Welten. Zwei Skinheads tragen Kopfverbände. Autonome Nationalisten aus Rostock drücken sich am Straßenrand herum. Die Neonazis vom „Heisenhof" verteilen ununterbrochen Flyer für ihren Aufmarsch im niedersächsischen Verden. Der Bremer Hendrik Ostendorf darf mit Ordnerbinde Fotografen zurechtweisen. Ordnerleiter Manfred Börm hat seine schlagbereite Truppe an zentralen Punkten der Demonstration postiert.

Schönhuber spricht. Er ist schwach auf den Beinen. Aber seine Sprüche kommen einigermaßen an. Erfahren wettert er über Kanzler Schröders „Schandreise" nach Moskau, „um den Sieg der Sowjetunion zu feiern". Er beschwört die Anwesenden: „Wir und ihr (!) sind nach Dresden gefahren, hier schlägt das Herz der wahren und anständigen Deutschen". Der Applaus ist verhalten. Schönhuber gibt nicht auf: „Hier hat im Februar 1945 ein Völkermord stattgefunden, vergleichbar mit jenem von Hiroshima und Nagasaki". Einige klatschen. Der nächste Redner, Gerhard Frey, findet wenig Applaus. Seiner Rede lauschen wenige der jungen Anhänger. Auffällig viele Burschenschafter sind dabei. Einer zeigt Rennicke stolz seinen frischen Schmiss im Gesicht, die Wunde blutet noch. Manche tragen weiße Rosen oder schwarze Ballons. Neonazis haben die Macht der Symbole erkannt. Nicht interne Einigkeit, sondern braune Eintracht ist angesagt. Dresden ist Apfels Machtkalkül.

Etwa 5000 braune Marschierer formieren sich. Sie tragen Banner, wie: „Mord verjährt nicht – einst kommt der Tag der Rache". Sie kommen aus allen Teilen des Landes, nennen sich „Nationales Bündnis Preußen" und „Pommern". Gut eingemummt dabei: Mitglieder der kriminellen Band „Landser" und der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Einer fehlt: Uwe Leichsenring, NPD-Abgeordneter. Der ist unterwegs, „im außereuropäischen Ausland".

Andrea Röpke

Der V-Mann als Zeuge

Didier M. berichtet im Münchner Neonazi-Prozess von Umsturzideen der „Kameradschaft Süd". Über Anschlagspläne auf das Jüdische Zentrum sei in seiner Anwesenheit jedoch nicht gesprochen worden.

Nachdem der Prozess seit der Eröffnung etwas dahingeplätschert war, kam am 16. Februar wieder etwas Leben in den Gerichtssaal B 177/1 des Bayerischen Obersten Landesgerichts. Denn im Zeugenstand erschien Didier M., den der bayerische Verfassungsschutz als V-Mann in die neonazistische „Kameradschaft Süd" eingeschleust hatte. Nach Aussage des 35-jährigen Franzosen hatte die Gruppe vor, die Demokratie zu beseitigen und einen nationalsozialistischen Staat mittels einer Revolution herbeizuführen.

„Wir reden hier nicht von Wahlkampf, sondern von einer gründlichen, körperlichen Beseitigung des aktuellen Systems", sagte M., der möglicherweise eine Perücke trug und streng bewacht in den Gerichtssaal geführt wurde. Über ein Attentat auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Zentrums am 9. November 2003 sei in seiner Anwesenheit allerdings nicht gesprochen worden. Der Kameradschaft Süd um Martin Wiese wird zur Last gelegt, einen solchen Anschlag geplant zu haben.

Im Widerspruch zu anders lautenden Berichten sei er nicht die „graue Eminenz" der Gruppe gewesen, betonte M. In einer früheren Vernehmung hatte er sich noch als deren „Berater" bezeichnet. Was die konkrete Anwendung von Waffen und Sprengstoff anbelange, habe er immer versucht zu bremsen, führte M., der sich als arbeitsloser Computertechniker vorstellte, weiter aus. Er habe in der Gruppe immer gesagt, dass dies politisch keinen Sinn mache.

M. räumte aber ein, mit an Bord gewesen zu sein, als Wiese und der Mitangeklagte Alexander Maetzing nach Brandenburg fuhren und dort sechs Faustfeuerwaffen besorgten. Von dem Waffenkauf habe er allerdings erst auf der Fahrt erfahren. Seine Beziehung zu Wiese beschrieb M. als „freundliches Verhältnis. Ich könnte von Vertrauen sprechen." So habe er auch auf dessen Computer ein Verschlüsselungsprogramm installiert.

M. selbst hat mit einem Mitglied offenbar einmal über ein Selbstmordattentat auf dem Münchner Marienplatz gesprochen. Dies sei aber nur Gerede gewesen, um in der Gruppe anerkannt zu werden. Außerdem habe niemand in der Szene die Fähigkeit und den Mut, einen solchen Anschlag in die Tat umzusetzen, so M. In der Gruppe sei ferner über die Ermordung von Politikern gesprochen worden, wobei es aber keine konkreten Pläne dafür gegeben habe.

Ein Richter machte den Zeugen auf den Widerspruch zwischen dessen angeblich ablehnendem Verhalten bezüglich Waffen und dem Gerede über ein mögliches Selbstmordattentat aufmerksam. „Es gibt viele Widersprüche, wenn man für den Verfassungsschutz arbeitet", entgegnete der Franzose.

„Die nationalistische Revolution vorzubereiten ist eine Notwendigkeit"

Sichtlich ermüdet zeigte sich der 6. Strafsenat um den Vorsitzenden Richter Bernd von Heintschel-Heinegg, als Wieses Verteidiger Günther Herzogenrath-Amelung den Zeugen ausführlich befragte. Der Anwalt ist laut „Berliner Zeitung" der Auffassung, dass M. „einen wesentlichen Einfluss" auf die Gruppe ausübte.

Der V-Mann, dessen Einschleusung der bayerische Innenminister Beckstein (CSU) als „besonders herausragenden Erfolg der Bayerischen Sicherheitsbehörden" einstufte, war lange Jahre in der rechtsextremen Szene Frankreichs aktiv gewesen, bevor er als Spitzel rekrutiert wurde. Nach einem Bericht der Zeitschrift „konkret „besuchte M. 1997 in Fürth den 4. Europäischen Kongress der Jugend und wurde dort von Holger Apfel begrüßt, dem jetzigen NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag. M. habe dort im Namen des Front Européen de Liberation (FEL) gesprochen. Außerdem sei er damals Verantwortlicher der Parti Nationaliste Français et Européen (PNFE) in der Region Ile de France gewesen.

„Wir müssen fanatisch und kompromisslos sein. Die nationalistische Revolution vorzubereiten, ist keine vergnügliche Zerstreuung, sondern eine Notwendigkeit", soll der spätere V-Mann laut „konkret" damals seinen Gesinnungskameraden in Fürth eingeschärft haben.

Magnus Bosch

Explosive Verbindung

Multifunktionär als Bindeglied zwischen Neonazis und rechtsextremen Parteien

In einem Offenen Brief an den bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber beklagt sich der rechtsextreme Multifunktionär Roland Wuttke (Mering) darüber, dass in Bayern „Familien von nationalen Deutschen ... terrorisiert" und „die Telefone und Räume nationaler Bürger ... überwacht" würden. Stattdessen, so Wuttke, müsste „die Verquickung der CSU-Führung in die Machenschaften des Globalkapitals diskutiert werden".

Wuttke (Jg. 1954) tritt seit 1998 in rechtsextremen Zusammenhängen in Erscheinung. Er ist Kopf der rechtsextremen Gruppierung „Freundeskreis Demokratie Direkt München" (vorher „Demokratie Direkt München e.V."), die unter anderem Mahnwachen (so unter dem Motto „Israelische Kriegsverbrechen zur Anklage bringen"), Vortragsveranstaltungen und Infostände organisiert.

Zur Feder griff Wuttke bislang unter anderem für die „Deutsche Stimme", die „Junge Freiheit", den „Witikobrief", die „Freiheit Wattenscheid" und die „Unabhängigen Nachrichten". In „Nation&Europa" rief er 2003 die „nationale Rechte" zur „Zellenbildung" auf. „Deutschlandweit", so Wuttke, „müssen von 'unten' her Strukturen geschaffen werden, die den Aufbau einer 'Gegenöffentlichkeit' ermöglichen." Damit steige „der Druck im Kessel" und „soziale Umbrüche" würden eintreten.

Wuttke, der zeitweilig dem Sprecherkreis der zwischenzeitlich aufgelösten rechtsextremen Deutschen Aufbau-Organisation von Alfred Mechtersheimer angehörte, tritt auf zahlreichen politischen Veranstaltungen der extremen Rechten auf. Vor einem 100 Köpfe umfassenden Publikum referierte er im April 2004 beim NPD-nahen Nationalen Bündnis Dresden. Fazit seiner Rede: Deutschland sitze in der „Falle der Holocaust-Industrie". Im vergangenen Oktober war Wuttke Redner auf einer vom „Augsburger Bündnis / Nationale Opposition" organisierten Veranstaltung unter dem Motto „Gegen Sozialabbau und Fremdbestimmung". Bei einem NPD-Aufmarsch unter dem Motto „Quittung für Hartz IV – Sozialabbau Stoppen – Nationale Solidarität durchsetzen" in Erlangen ebenfalls im Oktober 2004 zeigte er in seiner Rede Sympathie für terroristische Attentate: „Wir haben eine große Botschaft: Wir haben wieder etwas, was die Jugend zum Kampf animiert: Es ist der große Idealismus. Und fragt Euch doch einmal, welche Kraft ist denn mächtiger? Erinnert Euch an die Bilder der jungen Palästinenserinnen, junge Mütter, die sich den Sprengstoffgürtel umschnallen, um für ihr Volk, für ihre Nation in den Tod zu gehen. Das ist es."

Erkenntnissen des bayrischen Verfassungsschutzes zufolge übernimmt Wuttke „seit längerem die Funktion des Bindeglieds zwischen 'freien Kameradschaften' und rechtsextremen Parteien." So arbeitete Wuttke bis zu dem Sprengstofffund bei der neonazistischen „Kameradschaft Süd" eng mit Martin Wiese und seiner Truppe zusammen. In einer Stellungnahme der Stadt München vom 29. September 2003 zu den Ermittlungen gegen Martin Wiese ist zu lesen: „Am 27.05.2003 meldete Wuttke für seinen Verein 'Demokratie Direkt München e.V.' eine Demo mit Abschlusskundgebung vor der Feldherrenhalle an. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben. Am 28.05.2003 fand daraufhin ein Kooperationsgespräch statt. Teilnehmer war als Bevollmächtigter Vertreter von Wuttke: Martin Wiese. Dabei war auch Ramona Schenk von der Kameradschaft Süd." Die Veranstaltung fand schließlich am 31. Mai 2003 unter dem Motto „Demonstration für Meinungsfreiheit – gegen Gesinnungsterror, Solidarität mit den politischen Häftlingen in Deutschland" statt. Einer der Redner war Martin Wiese, die Versammlung leitete Alexander Maetzing, Mitglied der Kameradschaft Süd, an dessen Arbeitsplatz in München-Oberhaching am 9. September 2003 1,7 Kilogramm TNT und 14 Kilogramm weiterer Sprengstoff gefunden wurde.

Vor wenigen Wochen unterzeichnete Wuttke das von der extrem rechten Deutschen Partei initiierte „Münchener Bekenntnis" vom 23. Januar 2005, das zum „Schulterschluss all der Deutschen" aufruft, „die auch in Zukunft Deutsche bleiben wollen." Zu den Unterzeichnern gehören auch der bundesweit bekannte Neonazi Norman Bordin (NPD-Neumitglied), Gründer der Kameradschaft Süd, und der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Klaus Menzel.

Anton Maegerle

Schlammschlacht

Die Deutsche Partei ist dabei, sich in ihre Bestandteile zu zerlegen – mit allem, was bei Politsekten dazuzugehören scheint.

Mit ehrgeizigen Zielen hatte Heiner Kappel – zuvor als Chef des Bund Freier Bürger gescheitert – im Sommer 2001 die Parteiführung übernommen. Die DP, die von 1949 bis 1961 drei Legislaturperioden auch dem Bundestag angehörte, wollte er wieder besseren Zeiten entgegenführen und damit zugleich die Zerstrittenheit des rechten Lagers überwinden. Doch abgesehen von einigen Splittern aus dem DVU-Lager und einigen frustrierten Republikanern mochte sich niemand in Kappels rechter „Sammlungsbewegung" einfinden. Und auch die Wähler zeigten ihm die kalte Schulter: Gerade einmal 0,2 Prozent verzeichnete die DP bei der Europawahl im vorigen Jahr.

Als dann die NPD beim Buhlen um eine rechte „Volksfront" auch die kleinen Rechtsaußenparteien in den Blick nahm, war es um die innerparteiliche Harmonie endgültig geschehen. Kappel, früher einem Bündnis mit den Nationaldemokraten nicht abgeneigt, meinte nun, mit NPD und DVU sei „kein Staat mehr zu machen". Statt dessen veröffentlichte er am 1. November mit den Chefs von Republikanern und DSU eine Erklärung, in der die drei als Ziel vorgaben, „zusammen mit weiteren Parteien zu einer engen Kooperation und zu gemeinsamen Wahlkampfantritten zu kommen" – verbunden mit einer Absage an die NPD. Drei Wochen später bremste ihn eine Vorstandsmehrheit aus und distanzierte sich von der „Frankfurter Erklärung". Und noch einmal zwei Monate später enthob ihn diese Mehrheit – zwölf von 21 Vorstandsmitgliedern – seines Amtes.

Schon die Pressemitteilung, die von den neuen, kommissarischen DP-Oberen – Kappels bisherige Stellvertreter Claudia Wiechmann, Ulrich Pätzold und Eberhard Lehmann – ausgesandt wurde, trug unfreiwillig komische Züge. Zum Beispiel, wenn dort festgehalten wurde, dass „die Mehrheit des Bundesvorstandes einstimmig beschloss", Kappel abzusetzen. Verständlich wird die sonderbare Formulierung, wenn man berücksichtigt, dass die Minderheit samt Kappel erst gar nicht zur Sitzung nach Nürnberg angereist war.

Geschlagen geben will sich diese Minderheit aber noch längst nicht. Schon kurz nach der Sitzung klagten Kappels Anhänger über eine „feindliche Übernahme durch die NPD-Vasallen" und drohten, die Messer seien „von Kappel-Seite bereits gewetzt". Als erstes getroffen wurde die Homepage der DP, die ihr (Ex-)Vorsitzender am 25. Januar kurzerhand sperren ließ und die erst nach Intervention der neuen Parteispitze wieder freigeschaltet wurde. Der von Kappel einst geschasste, nun aber wieder im Amt befindliche Parteisprecher Gottfried Burischek nach der Aktion: „Es ist offenbar nicht vermeidbar, dass wir wohl auch künftig weiteren Aktionen des ehemaligen Bundesvorsitzenden mit anwaltlicher und notfalls auch gerichtlicher Hilfe begegnen müssen."

Gleich am folgenden Tag gab's erneut Probleme. Der kommissarische Vorstand erhielt Post von Folkmar Schniewind, dem Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts: eine einstweilige Anordnung, mit der die Amtsenthebung für unwirksam erklärt werden sollte. Die Anordnung aber sei „sachlich und formell fehlerhaft", befanden Pätzold & Co. Fristen seien so gelegt worden, dass sie über Nacht abliefen. Außerdem dränge sich der Verdacht auf, dass sich Schniewind „aus Gefälligkeit zu einer derartigen Handlungsweise hat hinreißen lassen", formulierte Burischek.

Am selben Tag tauchte in einem von DPlern frequentierten Internetforum eine „Mitgliederinformation" auf, in der das – angebliche – Sündenregister Kappels en detail aufgelistet war. Er habe den Vorstand getäuscht, Interna nach außen getragen, eine „parteischädigende öffentliche Schlammschlacht" eröffnet, den Adressverteiler der Partei missbraucht, jede Zusammenarbeit unmöglich gemacht. Für Kappels Anhänger ist das eine „Verdrehung der Tatsachen und eine Anreihung von Lügen".

Die Auseinandersetzung weiter. Kappel selbst versucht inzwischen, sich von einem Frankfurter Gericht wieder inthronisieren zu lassen. Zum endgültigen Showdown könnte es beim nächsten Parteitag kommen: entweder dem regulären, der für April/Mai vorgesehen war, oder schon vorher bei einem Sonderparteitag, möglicherweise am 6. oder 13. März.

Tomas Sager

Wechselvolle Beziehung

Eine Studie nimmt die DVU und deren Verhältnis zur NPD unter die Lupe.

In der aktuellen Debatte über rechtsextreme Parteien geht es fast nur um die NPD. Die Deutsche Volksunion wird meist nur am Rande erwähnt, weil sie ein Wahlbündnis mit der NPD eingegangen ist. Oft wird auch suggeriert, die DVU sei im Grunde gemäßigter als die NPD. Doch wer sich regelmäßiger die „National-Zeitung“ (NZ), das inoffizielle Sprachrohr der DVU ansieht, muss diese Meinung revidieren. Subtiler Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung von NS-Verbrechen prägen den Stil dieser Wochenzeitung. Der Begriff „Bomben-Holocaust“, der vor wenigen Wochen aus dem Munde von NPD-Parlamentariern in Sachsen für große Empörung sorgte, wird in der NZ ständig sogar in den Überschriften verwendet.

Nicht im bewusst vage gehaltenen Parteiprogramm der DVU, sondern in der wöchentlich erscheinenden „National-Zeitung werde“ das rechtsextremistische Gedankengut verbreitet, das weit über den Kreis der Partei wirkt. Darauf weist auch eine Studie hin, die kürzlich von der SPD Brandenburg herausgegeben wurde. Schließlich ist der DVU in diesem Bundesland zum zweiten Mal hintereinander der Einzug in den Landtag gelungen. Nur in Bremen ist die DVU ansonsten noch parlamentarisch vertreten.

Als Arbeitsschwerpunkte ihrer Landtagsarbeit werden in der Studie Antisemitismus, Rassismus, Antiamerikanismus und Revisionismus genannt. „Charakteristisch für die DVU ist die unterentwickelte Organisationsstruktur und weitgehende Inaktivität ihrer Mitglieder“, heißt es in der Studie wörtlich. Bei der DVU handele es sich weitgehend um eine virtuelle Partei, die von dem Parteivorsitzenden Gerhard Frey autokratisch gelenkt werde. In den Landesverbänden agieren hauptsächlich politische Nobodys, die bisher weder durch politische noch durch publizistische Arbeit in Erscheinung getreten sind. Was die DVU von der NPD unterscheidet, ist so auch weniger die Programmatik als die Parteistruktur.

Gute Kontakte bestehen seitens der DVU zum russischen Rechtsextemisten Wladimir Schirinowskij und dessen Liberaldemokratischer Partei. Schon 1992 war Schirinowskij Gast bei einer DVU-Veranstaltung in Passau. Der Kontakt hält an. Im Februar 2004 nahmen zwei DVU-Landtagsabgeordnete auf Einladung Schirinowskijs in Moskau an einem internationalen Treffen rechter Parteien teil.

In einem eigenen Kapitel widmet sich die Studie dem wechselvollen Verhältnis zwischen NPD und DVU. „Sie küssten und sie schlugen sich“, lautet das Fazit. Frey war schon NPD-Mitglied und strebte Posten in der Partei an. Phasen der Annäherung folgten immer wieder harsche Abgrenzungen. 1991 war der letzte Versuch einer Wahlabsprache gescheitert. Danach dominierte politische Eiszeit zwischen dem Führungspersonal von NPD und DVU.

Die erneute Annäherung wurde auf kommunaler Ebene vorbereitet. So traten in Dresden Mitglieder von NPD, DVU und anderen rechten Kleingruppen zusammen an. Später wurde vom Dresdner Modell mit bundesweiter Signalwirkung gesprochen. Über die Stabilität der „Volksfront von Rechts“ äußert sich die Studie skeptisch. Es gäbe auch an der Basis beider Parteien starke Vorbehalte gegen die jeweils andere Seite. Außerdem sind in der DVU Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Organisationen und namentlich genannte Personen aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften offiziell immer noch in Kraft. Noch im Jahr 2002 gab es Ausschlussverfahren gegen DVU-Kreisverbände aus Niedersachsen, die sich an einer NPD-Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld beteiligt hatten, wobei auch das Spektrum der Freien Kameradschaften anwesend war. Genau dieses Spektrum wird aber auch von der NPD teilweise mit Erfolg umworben.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine längerfristige Zusammenarbeit der DVU schaden und der NPD nutzen wird. „Frey muss damit rechnen, dass sich dann seine lose mit ihm verbundenen Anhängerschaft von der virtuellen DVU ab- und der kampferprobten NPD, dem Original zuwenden kann“. Zur Zeit läuft die Zusammenarbeit allerdings noch gut. Nachdem die DVU-Fraktion beim Neujahrsempfang in Dresden anwesend war, besuchten NPD-Abgeordnete Ende Januar die DVU-Fraktion in Potsdam.

Peter Nowak

Unter www.spd-brandenburg.de

Plattform für "Volkstreue"

Neonazistisches Aktionsbüro in Österreich will Partei werden.

Der österreichische neonazistische Verein „Nationaldemokratisches Aktionsbüro“ (NDAB) arbeitet weiter am Ausbau seines Netzwerkes. Dafür hat der Initiator Robert Faller kürzlich zwei weitere Domains ins Leben gerufen. Während auf der einen Seite für die Zeitschrift „Der Junge Unabhängige Druck“ (J.U.D), geworben wird, die demnächst als Publikation für „freiheitliche, nationale und unabhängige Jugendliche“ erscheinen soll, befasst sich die andere Domain hauptsächlich mit den angeblichen Denunziationen und Geschichtsfälschungen durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW).

Ein Unbekannter ist Robert Faller, der enge Kontakte zur neonazistischen Nationaldemokratischen Partei Österreich (NPÖ) unterhält, für die Sicherheitsbehörden nicht. Als Führungskader der mittlerweile ruhenden Kameradschaft Germania organisierte der oberösterreichische Neonazi zusammen mit Sascha Gasthuber im April 2002 am Wiener Heldenplatz eine Kundgebung gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung, in deren Anschluss die Teilnehmer „Sieg Heil“ grölend durch die Innenstadt zogen. Ende 2003 gründete Faller mit Gesinnungsgenossen das NDAB, das für eine „aktive Vergangenheitsbewältigung“ und eine Veränderung „der Gesetze, die uns die Siegermächte aufgezwungen haben“ eintritt. Via Internet betätigte sich Faller fortan als Sprachrohr und Mitorganisator von Veranstaltungen und Konzerten. Die Onlinepräsenz des NDAB umfasst eine Initiative gegen Linksextremismus, einem Versandhandel, einen umfangreichen Terminkalender für Demonstrationen sowie ein Diskussionsforum. Auch ein Internet-Radio, ein angebliches Gemeinschaftsprojekt mit Neonazis aus Deutschland, ist auf Sendung gegangen. Das NDAB will eines Tages auch selbst Partei werden. Da die etablierten Parteien keinerlei patriotische Politik betreiben würden, solle damit allen „volkstreuen, national denkenden“ Menschen in Österreich eine Plattform geboten werden.

Michael Funk

Geschichtsfälscher

David Irving rechnete Opferzahlen hoch.

Nach der Bombardierung Dresdens im Februar vor 60 Jahren meldete Hanns Voigt, Mitarbeiter der Stadtverwaltung Dresdens, den NS-Machthabern die Zahl von cirka 35 000 getöteten Menschen. Die Nationalsozialisten vervielfachten aber aus propagandistischen Gründen die Opferzahlen und schufen so den bis heute in rechtsextremen Kreisen beliebten „Mythos Dresden“.

1953 veröffentlichte Georg Feydt in der Zeitschrift „Ziviler Luftschutz“ die erste sachliche Darstellung des Bombenangriffs. Seine Zählung ergab 39 773 Tote. Zehn Jahre später verkündete der Holocaust-Leugner David Irving in seinem Buch „The Destruction of Dresden“, das 1965 auf deutsch erschien, weitaus höhere Zahlen. Er stützte sich auf ein ihm bekanntes gefälschtes Dokument und rechnete die Zahl der Toten auf 250 000 hoch. Akribisch wird Irving diese Geschichtslüge von dem Historiker Richard J. Evans in seinem 2001 erschienen Buch „Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess“ nachgewiesen.

1986 stellte Irving in einem Vortrag die Bombardierung von Dresden der industriell betriebenen Massenvernichtung in Auschwitz gleich: „Mir wurde klar, dass es in dem, was ich da (über Dresden) erfuhr, um etwas ging, das wir heute wahrscheinlich als einen Holocaust bezeichnen würden ... Natürlich spricht heute jedermann über Dresden im gleichen Atemzug wie über Auschwitz und Hiroshima. Das ist mein Verdienst...“ Am 24. Januar 2005 fand die Legende vom „Bomben-Holocaust“ den Weg in das sächsische Landesparlament. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel lobte Irving, der als „einer der ersten ... schon vor Jahrzehnten ... das Singuläre des Angriffs vom 13. Februar 1945 ... unterstrich“ und schwadronierte vom „Bomben-Holocaust“. Apfels Fraktionskamerad Jürgen Gansel meinte: „Mit dem heutigen Tag haben wir auch in diesem Parlament den politischen Kampf gegen die Schuldknechtschaft des deutschen Volkes und für die historische Wahrhaftigkeit aufgenommen.“

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Ein gemeinsames Dach

Berliner Erinnerungsorte an den NS-Terror werden in einer Stiftung zusammengeführt.

Die Bundesregierung will die vier großen Gedenkstätten und Dokumentationsorte zum NS-Terror in Berlin künftig unter dem Namen „Stiftung Dokumentation der NS-Verbrechen“ zu einem einheitlichen Rechtsträger in der Verantwortung des Bundes zusammenführen. Wie Kulturstaatsministerin Christina Weiss am 8. Februar vor der Presse in Berlin erläuterte, könne auf diese Weise ein Optimum an Synergie und konzeptioneller Arbeitsteilung gewährleistet werden. Von der reinen Verwaltung über die Ausstellungsgestaltung und Fellow-Programme bis zu den einzelnen Bibliotheken gebe es eine Vielzahl von Aufgaben, die besser zentral und gemeinsam wahrgenommen werden könnten. In diese öffentlich-rechtliche Stiftung überführt werden sollen die Gedenkstätten Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit dem Ort der Information, Topographie des Terrors, Haus der Wannsee-Konferenz und Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Die vier Einrichtungen werden ihre relative Autonomie behalten und sollen vom Besucher künftig als selbständige Orte mit eigenem Angebot und Profil wahrgenommen werden. Sie werden auch weiterhin über einen eigenen Direktor und eigene wissenschaftliche Berater verfügen, sind aber gleichwohl Teil der Gesamtstiftung, die von einem Stiftungsrat kontrolliert und von einem Vorstand professionell geleitet wird. Im Stiftungsrat sollten der Bund, Berlin, der Deutsche Bundestag, das Abgeordnetenhaus von Berlin, der Beirat der Stiftung, der sich aus den wissenschaftlichen Beratern zusammensetzt sowie fünf Persönlichkeiten des öffentlichen und wissenschaftlichen Lebens vertreten sein. Dieser Stiftungsrat werde ein Gremium sein, das sich einmischt, betonte die Ministerin. Die neue Stiftung sei auch offen für weitere Gedenkstätten, zum Beispiel für das „Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt“, das bisher noch als Dependance des Jüdischen Museums betrieben wird oder das „Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma“, für das die Baupläne bis zur Jahresmitte vorliegen sollen – so jedenfalls sei es mit dem Künstler Dani Karavan vereinbart.

Professor Reinhard Rürup, Mitglied der Expertenkommission für die Gedenkstättenarbeit und ehemaliger Direktor der „Stiftung Topographie des Terrors“, verwies darauf, dass die bisherige Organisationsstruktur der Berliner Erinnerungsstätten nur historisch und aus der jeweiligen Entstehungsgeschichte heraus zu erklären sei. Für ihn stelle das Vorhaben einen „Schritt nach vorn“ in Richtung auf ein hauptstädtisches Gesamtkonzept dar. Der geplanten Stiftung mit einer profilierten Persönlichkeit an der Spitze werde als sachverständige Einrichtung eine ähnliche Bedeutung zukommen wie dem „Deutschen Historischen Museum“ in Berlin oder dem „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn. Dem stimmte die Kulturstaatsministerin ausdrücklich zu, sie sprach von einer künftigen „Autorität für das Gedenken“.

Das Gesetzgebungsverfahren für die neue Bundesstiftung soll nach einer öffentlichen Diskussionsrunde mit allen Beteiligten und Betroffenen beginnen und bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Zusätzliche finanzielle Belastungen für den Bund, der schon bisher etwa 65 Prozent der Förderung trägt, zieht die Übernahme der Trägerschaft für die vier Gedenkorte nicht nach sich.

Auch in einem anderen Bereich soll das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung von 1999, das zu einer Verdoppelung seines finanziellen Engagements des Bundes geführt hat, weiterentwickelt werden: Der Bund ist künftig bereit, nicht nur die Gedenkstätten von nationaler Bedeutung in den neuen Ländern institutionell bis zur Hälfte zu fördern, er will dies in gleichem Ausmaß auch für die Gedenkorte in den alten Ländern tun, die bisher nur im Wege der Förderung einzelner Projekte mitfinanziert wurden. Ziel ist also die Gleichbehandlung der Gedenkstätten in Ost und West.

Theo Meier-Ewert

Individuelle Lebenswege

Eine Ausstellung über den Alltag der jüdischen Bewohner des Bayerischen Viertels in Berlin.

Immer mehr Berliner Schüler äußern sich im Unterricht offen antisemitisch. Ende Januar berichtete der „Tagesspiegel“ über diese Besorgnis erregende Entwicklung. Fehlt es an Konzepten, dem Nachwuchs die Einmaligkeit der Verfolgung jüdischer Menschen während der NS-Zeit nahe zu bringen? Vielleicht sollten Lehrer mit ihren Schülern die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ aufsuchen, die bis zum 3. April im Rathaus Schöneberg zu sehen ist und eindrucksvoll jüdisches Alltagsleben anhand von Einzelschicksalen präsentiert.

Zum Beispiel das von Karl M. Baer, der 1885 geboren wurde und wegen seines nach der Geburt nicht eindeutig zu identifizierenden Geschlechtes auf Anraten eines Arztes als Mädchen, Martha Baer, erzogen wurde. Trotz der im Lauf der Jahre immer deutlicher hervortretenden biologischen Prägung als Mann versuchte er die Frauenrolle anzunehmen, engagierte sich für Frauenrechte, Zionismus und die Milderung des sozialen Elends. Erst die Liebe zu seiner späteren Lebensgefährtin löste bei Baer eine existentielle Krise aus, die letztlich 1906 in einer Geschlechtsberichtigung mündete. Karl M. Baer war von 1920 bis zu seiner Auswanderung nach Palästina 1938 Direktor der Berliner Logen und Autor des unter dem Pseudonym N.O. Body erschienenen Buches „Aus eines Mannes Mädchenjahren“.

So wie bei Baer zeigt sich bei vielen der 92 exemplarisch geschilderten Lebenswege, dass der Alltag von Juden in Berlin eben nicht nur von der Verfolgung durch die Nazis geprägt war. Die liebevoll gestalteten Alben zu den vorgestellten Personen bieten Einblicke in interessante Lebensläufe und zeigen genau das, was die Nazis jüdischen Menschen absprechen wollten: Individualität.

Das für die Ausstellung verantwortlich zeichnende Kunstamt Tempelhof-Schöneberg hat sich vor allem auf die Lebensläufe jüdischer Menschen aus dem Bayerischen Viertel konzentriert. Nicht ohne Grund: Anfang der dreißiger Jahre lebten in diesem Schöneberger Stadtteil rund 16 000 Menschen, die zur Jüdischen Gemeinde zählten. Darunter waren viele Prominente, die in gleicher Weise gewürdigt werden wie die weniger bekannten jüdischen Nachbarn. Walter Benjamin, Erich Fromm, die Fotografin Gisèle Freund, Else Lasker-Schüler, der Kritiker Alfred Kerr – sie alle verbrachten Jahre ihres Lebens in dem Viertel.

Auch die 1904 geborene Edith Wolff, Tochter des Schriftstellers Theodor Wolff, zählte zu den Bewohnern. Ihr Lebenslauf nahm durch die Machtübernahme der Nazis eine entscheidende Wende. Gezwungen, kurz vor der Promotion ihr Studium der Philosophie und Volkswirtschaftslehre abzubrechen, wandte sich Edith Wolff der jüdischen Religion und dem Zionismus zu. Dabei war sie auf Anregung ihrer christlichen Mutter als Kind getauft worden, hatte sich allerdings später von Religionen ab- und der pazifistisch-internationalen Jugendbewegung zugewandt. Mit der Machtübernahme durch die Nazis richtete sie ihre Interessen zunehmend auf Palästina und auf die Rettung der von Deportation Bedrohten. Überliefert ist ihre Aussage, „dass man als Jude die moralische Pflicht hat, sich für das Aufbauwerk in Palästina zu erhalten, statt sich einfach wie ein Stück Vieh von den Nazis abschlachten zu lassen“. Edith Wolff wurde 1943 verhaftet und bis 1945 gefangen gehalten. 1949 zog sie in die Schweiz, 1954 siedelte sie nach Israel über, wo sie 1997 starb.

Ergänzt wird die Ausstellung durch eine Filmpräsentation und die Namen von 6069 Menschen, die aus Schöneberg und Friedenau deportiert wurden.

Gudrun Giese

Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, bis 3. April 2005. Anmeldungen für Gruppen und Schulklassen: 75 60-69 64, -47 03. Im Rahmenprogramm gibt es jeweils montags um 19.00 Uhr Lesungen beziehungsweise Vorträge, zum Beispiel am 21.2. eine Lesung des Berliner Zeitzeugen Jizchak Schwersenz, am 28.2. der Schriftstellerin Inge Deutschkron und am 7.3. der Historikerin Jael Geis.

Rezensionen

"Die Pflicht eines Jeden"

Judenverfolgung in Italien – eine Anthologie von beklemmender Aktualität.

Brutale Judenverfolgung gehörte spätestens seit 1938 auch zum Alltag im faschistischen Italien. Und doch unterschied sich die Lage der italienischen Juden erheblich von der der deutschen. Das hatte verschiedene Gründe, als deren gewichtigsten Regine Wagenknecht in ihrer kürzlich erschienenen kommentierten Anthologie „Judenverfolgung in Italien 1938-1945“ nennt: „Es gab viele hilfsbereite italienische Menschen, die unter Gefährdung ihres eigenen Lebens jüdischen Mitbürgern halfen ... sogar unter den Beamten, die Befehle und Verordnungen nur lässig ausführten. Ihnen alle haben mehr als 29 000 Juden ihr Leben zu verdanken.“ Diese Tatsache hat jedoch auch bewirkt, dass die breite Öffentlichkeit über Jahrzehnte zu Unrecht nur die Erinnerung an den „guten Italiener“ pflegte, während das Leid, die Verfolgung und Ermordung der Juden weitgehend verdrängt und verschwiegen wurden. „Nachdenken über das Geschehene“ bezeichnet aber Primo Levi in seinen Erinnerungen an Auschwitz als „die Pflicht eines Jeden“.

„Es scheint als bestehe die Zivilisation aus einer dünnen Folie, unter der die barbarischen Schichten der Vergangenheit weiter Druck ausüben“

Regine Wagenknecht hat es in ihrem Buch dankenswerterweise unternommen, die verschiedenen Etappen der judenfeindlichen Politik Mussolinis anhand von literarischen und dokumentarischen Selbstzeugnissen Überlebender, die teilweise erstmalig in deutscher Sprache erschienen sind, detailliert zu beleuchten. Die Kapitel heißen dem geschichtlichen Ablauf folgend: Ausgrenzung, Internierung, Flucht, Deportation und Danach. Jedem Abschnitt ist eine kommentierende Einführung vorangestellt, was dem Leser beim Facettenreichtum der individuellen Schicksale die Einordnung erleichtert. Ob die deshalb erfolgte Zertrennung einiger längere Zeiträume überspannender Texte vor allem bei den Romanpassagen nicht auf Kosten der emotionalen Wirkung geschah, ist eine andere Frage.

Dennoch ist es der Autorin hoch anzurechnen, dass sie bei allem Bemühen um historische Korrektheit genügend Raum auch für die Tragik des Einzelfalls, für bewegende Details lässt. Man legt das Buch mit einer Mischung von Trauer und Optimismus aus der Hand: Den Tränen über das Leid steht de Hoffnung gegenüber, die aus der Fülle guter Taten der Mitmenschen gespeist wird.

Am tiefsten betroffen machen gerade angesichts der jüngsten Neonaziskandale in Sachsen und Brandenburg die Texte im Schlussteil. Welch beklemmende Aktualität haben die vor vielen Jahren ausgesprochenen Warnungen und Appelle der Überlebenden wegen der Gleichgültigkeit vieler Zeitgenossen, wegen der zunehmenden Zahl von Shoah-Leugnern in Italien, wegen der Koalition Berlusconis mit der von Ex-Faschisten gegründeten MSI (heute Alianza Nazionale). Er fühle seit einiger Zeit wieder „den Schauder vergangener Tage“ schreibt Aldo Zargani 1995 in seinen Erinnerungen. Es scheine fast, „als bestehe die Zivilisation aus einer dünnen Folie, unter der die barbarischen Schichten der Vergangenheit weiter Druck ausüben“. Lange zuvor hatte Primo Levi (1919-1987) sich und anderen die Frage beantwortet, was zu geschehen hat, wenn der Faschismus, vielleicht auf leisen Sohlen und unter anderem Namen, wiederkehrt: „Dann helfen weise Ratschläge nichts mehr und es gilt, die Kraft zum Widerstand zu finden: Auch dabei kann die Erinnerung an das, was vor gar nicht so langer Zeit im Herzen Europas geschah, Halt und Ermahnung bieten.“

Ralf Bachmann

Regine Wagenknecht: Judenverfolgung in Italien 1938 – 1945 in autobiographischen und literarischen Zeugnissen, Parthas Verlag, Berlin, 2005 200 S., 19,90 €

Der Bombenkrieg

Über die Hintergründe der Angriffsoperationen und der Flächenbombardements.

Die Jahrestage der Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg werden von Rechtsextremisten zur politischen Agitation genutzt. Nicht nur vor diesem Hintergrund verdienen – vor einer breiteren geschichtlich-politischen Perspektive – die angesprochenen historischen Ereignisse Aufmerksamkeit. Sie sind Thema des von dem Historiker Rolf-Dieter Müller, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität Berlin und Wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, vorgelegten Buchs „Der Bombenkrieg 1939 – 1945“, das mit Hilfe der beiden Journalisten Florian Huber und Johannes Eglau als Begleitbuch zu einer ARD-Fernsehdokumentation erschien.

Entsprechend der Filmstruktur werden drei große Themenkomplexe behandelt: Zunächst geht es nach kurzen Ausführungen zur Entstehung von Konzeptionen des strategischen Bombenkrieges um die deutschen Angriffsoperationen zu Beginn des Krieges 1939/40 und die Bombardierung europäischer Städte wie Warschau, Rotterdam und Coventry. Danach behandelt Müller den Gegenschlag der Alliierten 1941 bis 1943 zur Brechung des Kampfgeistes der deutschen Bevölkerung und Soldaten. Und schließlich stehen die systematischen Flächenbombardements von Großstädten in der Endphase des Krieges 1944 und 1945 im Zentrum des Interesses. Zur Einschätzung von Letzterem bemerkt der Autor: „Die Zielanweisung von Churchill und Roosevelt war kein Mordbefehl gegen deutsche Zivilisten, aber gleichwohl ein Freibrief für ein Terrorbombardement, das als Teil des Bombenkrieges längst zur Gewohnheit geworden war. Dieser Terror war kein Selbstzweck, er diente dem Ziel, die deutsche Militärmaschinerie zur zerbrechen und einen alliierten Sieg zu ermöglichen, der nicht wie im Ersten Weltkrieg mit einem Blutbad bezahlt werden müsste“ (S. 157).

Müller erweist sich bei seiner Darstellung als kenntnisreicher Experte und differenzierter Deuter – auch und gerade, wo es um die deutschen Bombardierungen von Coventry oder Rotterdam im Konsens mit dem damals gültigen Völkerrecht geht (vgl. S. 71, 80). Solche Einschätzungen haben nichts mit Relativierung oder Verharmlosung der Hitler-Regierung zu tun. Das genaue Hinsehen ermöglicht erst das Verständnis von deren Handlungen, etwa bei der Zurückhaltung gegenüber einer Eskalation des strategischen Bombenkrieges, die nicht das Ergebnis einer grundsätzlichen Einstellung, sondern strategischen Kalküls war (vgl. S. 128). Der Autor stellt denn auch den Bombenkrieg in den militärischen Gesamtkontext: „Es bleibt also festzuhalten, dass Großbritannien im Juni 1940 den strategischen Bombenkrieg gegen Deutschland eröffnet hat und damit einen vorrangig politischen Zweck verfolgte ... Es waren provokative Terrorangriffe, gerechtfertigt allerdings durch die extreme Notwehrsituation der Briten. Es gab keine andere Chance, Hitler direkt anzugreifen, es blieb die einzige Möglichkeit, der Welt ihren Widerstandswillen zu demonstrieren“ (S. 84).

Bedauerlich ist allerdings die doch sehr stark militärgeschichtliche Perspektive der Darstellung, welche zwar durch den wissenschaftlichen Hintergrund des Autors verständlich ist, aber durch den politischen Kontext und die ethische Legitimationsfrage noch ergänzt hätte werden können. Gerade zu dem letztgenannten Aspekt hat es in den letzten Jahren eine Reihe von beachtens- und diskussionswürdigen Einschätzungen gegeben, so etwa in dem letzten Werk des verstorbenen US-amerikanischen Philosophen John Rawls. Darüber hinaus fehlen hier und da die Nachweise für bestimmte Informationen durch Hinweise auf die einschlägige Literatur in den Fußnoten. Insgesamt betrachtet handelt es sich allerdings um ein anschaulich geschriebenes und überaus informatives Buch auf neuestem Forschungsstand. Mitunter erklärt sein Charakter als Begleitbuch zu einer Fernsehserie manchen Mangel aus wissenschaftlicher Sicht, aber auch hier kann im Vergleich Positives konstatiert werden. Müllers Buch über den Bombenkrieg hebt sich mehr als nur wohltuend von den Werken auf Guido-Knopp-Niveau ab.

Armin Pfahl-Traughber

Rolf-Dieter Müller: Der Bombenkrieg 1939 – 1945, Ch. Links Verlag, Berlin, 2004 271 S., 24,90 €

Meldungen

"Gewisse Wahlabsprachen“

Hannover – Die von der Bundesspitze der Republikaner vorgegebene schroffe Ablehnung von Gesprächen mit NPD und DVU stößt bei den niedersächsischen Parteifreunden im Vorfeld der 2006 stattfindenden Kommunalwahlen auf Ablehnung. Die niedersächsischen Republikaner werden „keine verbalen Angriffe gegen andere rechte Parteien“ mehr starten, heißt es in einer Erklärung des Landesvorstands: „Wir haben beschlossen, einen Nichtaggressionspakt mit allen Rechtsparteien und Bündnissen abzuschließen.“ Mit Vertretern der anderen Rechts-Parteien und -Bündnisse sollen „gewisse Wahlabsprachen“ getroffen werden, „damit verhindert werden kann, dass wir in allen Wahlkreisen gegeneinander antreten“. Dies sei „die noch einzig verbleibende Alternative, den Forderungen unserer Basis gerecht zu werden, die Mitglieder zu motivieren und der Spaltung, bzw. Auflösung des LV-Niedersachsen Einhalt zu gebieten“, heißt es in der Erklärung. Einen Verstoß gegen die Parteitagsbeschlüsse sieht der Landesvorsitzende Hans-Gerd Wiechmann in dieser neuen Parteilinie nicht: Das Verbot einer „direkten Zusammenarbeit mit der NPD“ werde „akzeptiert und respektiert“, wird in der Erklärung des Vorstands beteuert. (ts)

Keine Einheit der Braunen

Berlin – Parteiunabhängige Neonazis und NPD planen am 1. Mai nach derzeitigem Stand rund ein halbes Dutzend Demonstrationen. Nachdem der Hamburger Neonazi Christian Worch bereits im vorigen Herbst einen Aufmarsch in Leipzig angekündigt hatte, rufen „freie und parteigebundene Kräfte“ aus dem Umfeld des Aktionsbüros Rhein-Neckar nun für den selben Tag zu einer Doppeldemonstration in Frankenthal und Worms auf. Worch berichtet darüber hinaus, dass die NPD drei dezentrale Veranstaltungen zum 1. Mai plane: in Magdeburg, Nürnberg und in einer dritten, ihm noch nicht bekannten Stadt. In Norddeutschland soll zudem eine weitere Demonstration stattfinden – offenbar bewusst als Konkurrenz zu Worchs Leipzig-Aufmarsch. Eine Einheit aller rechtsextremen Kräfte wird es auch eine Woche darauf, am 8. Mai, nicht geben, wenn NPD und JN in Berlin demonstrieren wollen: In Delitzsch bei Leipzig wurde ein Aufmarsch unter dem Motto „Gegen Kriegstreiberei und Fremdverwaltung unterdrückter Völker“ angemeldet. Redner dort: der NPD-Gegner Worch. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de